

Der Vollzugsdienst

1/2018 – 65. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Entweichungen und schwere Übergriffe auf Bedienstete

BSBD machte auf Missstände bereits 2017 aufmerksam

Seite 2

Fahrlässige Tötung und vorsätzliche Beihilfe zum Fahren ohne Führerschein?

Justizvollzugsbedienstete auf der Anklagebank in Limburg

Seite 34

Jugendstrafvollzug: Vorhandene Kapazitäten kurzfristig besser auslasten

Beachtenswerte Studie „Zur Entwicklung der Gewalt in Deutschland“

Seite 54



Mehrere Häftlinge sind zum Jahresbeginn aus der JVA Berlin-Plötzensee ausgebrochen

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 23 dieser Ausgabe

Foto: © BSBD Berlin



Hamburg



Niedersachsen



Thüringen

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Nachruf auf BSBD-Ehrenvorsitzenden Wolfgang Schröder
- 2 Entweichungen und schwere Übergriffe auf Bedienstete
- 3 Moritz Kalisch erster BSBD-Bund Jugendsprecher
- 4 Senioren auf dem dbb Gewerkschaftstag
- 4 BSBD-Seminar: Europa am Wendepunkt?
- 5 Treffen der BSBD-Frauenvertretungen der Bundesländer in Königswinter

LANDESVERBÄNDE

- 6 Baden-Württemberg
- 20 Bayern
- 22 Berlin
- 26 Brandenburg
- 30 Bremen
- 31 Hamburg
- 34 Hessen
- 47 Mecklenburg-Vorpommern
- 51 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 73 Sachsen
- 75 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 80 Thüringen

FACHTEIL

- 85 Zahlung eines höheren kinderbezogenen Anteils im Familienzuschlag
- 92 Begründung des Gesamturteils einer im Ankreuzverfahren erstellten dienstlichen Beurteilung
- 94 Gefangenentelefonie – Bundesverfassungsgericht entscheidet zur Preisgestaltung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

| | | |
|---|---|--|
| Bundesvorsitzender | René Müller | rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzender | Horst Butschinek | horst.butschinek@bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzender | N. N. | |
| Stellv. Bundesvorsitzender | Alexander Sammer | alexander.sammer@bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzender | René Selle | rene.selle@bsbd.de |
| Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung | Anja Müller | vollzugsdienst@bsbd.de |
| Geschäftsstelle: | Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de | |
| Landesverbände | Vorsitzende | |
| Baden-Württemberg | Alexander Schmid | Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de |
| Bayern | Ralf Simon | post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de |
| Berlin | Thomas Goiny | thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de |
| Brandenburg | Rainer Krone | bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de |
| Bremen | Werner Fincke | werner.fincke@JVA.BREMEN.de |
| Hamburg | Thomas Wittenburg | thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de |
| Hessen | Birgit Kannegießer | vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de |
| Mecklenburg-Vorpommern | Hans-Jürgen Papenfuß | hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de |
| Niedersachsen | Uwe Oelkers | uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de |
| Nordrhein-Westfalen | Peter Brock | bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de |
| Rheinland-Pfalz | Winfried Conrad | bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de |
| Saarland | Markus Wollscheid | M.Wollscheid@justiz.saarland.de |
| Sachsen | René Selle | rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de |
| Sachsen-Anhalt | Mario Pinkert | mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de |
| Schleswig-Holstein | Michael Hinrichsen | hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de |
| Thüringen | Jörg Bursian | post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de |

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 2/2018:

17. April 2018





Sicherheit im Fokus des BSBD

BSBD kümmert sich um die Belange der Bediensteten

Die neu installierte BSBD-Arbeitsgruppe „Sicherheit“ sprach mit Herrn Steiger und Herrn Keller vom Sicherheitsreferat des Justizministeriums.

Der schon seit einigen Monaten vereinbarte Gesprächstermin wurde – trotz der Vorfälle im Besuchsbereich der JVA Diez und der damit umfangreichen Inanspruchnahme der Sicherheitsfachleute – von den beiden Herren des Ministeriums wahrgenommen. Ungeachtet eines sehr eng vorgegebenen Zeitfensters konnten die Mitglieder der Arbeitsgruppe alle ihre Erörterungspunkte ansprechen.

Kollege **Knox** aus der JVA Rohrbach stellte das von der Gruppe erstellte Konzept zur Installierung von „Sicherheitsunterstützungsgruppen – SUG“ in den einzelnen Vollzugseinrichtungen vor. Hier sollen qualifizierte Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich des allgemeinen Vollzugsdienstes der jeweiligen Vollzugseinrichtung zur Bewältigung besonderer Sicherheitsstörungen herangezogen werden.

Die Schusswaffen im Justizvollzug waren ein weiteres Thema. Auch hier wurde die aktuelle Problemlage ange-



Von links nach rechts: Kollege Ternes JVA Trier, Herr Steiger JM, Herr Keller JM, Kollege John JVA Trier, Kollege Knox JVA Rohrbach. Aus dienstlichen Gründen fehlten: Kollegen Konstantinos Togrouzidis und die Kollegen Koritnik, JVA Rohrbach und Ketterm JVA Wittlich.

Foto: BSBD-LV

sprochen. Die AG-Mitglieder wünschen sich, dass das Mitführen von Schusswaffen bei Aus- und Vorführungen analog früherer Jahre stattfinden soll und dabei den einzelnen Vollzugseinrichtungen mehr Spielraum bei der Anordnungspraxis einzuräumen ist.

Letzter Gesprächspunkt war die Ausstattung mit Schutzausrüstung sowohl für Spezialeinsätze als auch für den persönlichen Schutz. Die beschaffte Schutzausrüstung sei in die Jahre gekommen und auf Verschleißansätze zu prüfen, regte das AG-Mitglied Kollege **John** an.

Ersatzbeschaffungen seien sinnvoll, die „alte“ Ausrüstung könnte für Übungszwecke verwendet werden.

Die Arbeitsgruppe nahm auch den gemeinsamen Wunsch der Anwesenden auf, nach geeigneten Stich- und Schnittschutzhandschuhen auf dem Sicherheitsmarkt zu schauen. Vereinbart wurde, den Gesprächskontakt im Frühjahr 2018 fortzusetzen.

Der BSBD kümmert sich um die Belange und den Schutz der Kolleginnen und Kollegen und dies mit aktivem Handeln und nicht nur durch Ankündigungen.

Zweibrücker Justizvollzugsbedienstete:

Entsetzen über die Personalpolitik der Landesregierung

Personalmangel überall – Der Krankenstand liegt permanent bei über 10 Prozent

Die Belastungen der Justizvollzugsbediensteten werden immer größer: Nicht nur durch die deutliche Aufgabenvermehrung infolge des anspruchsvollen Landesjustizvollzugsgesetzes, sondern durch eine Vielzahl von Zusatzaufgaben und nicht zuletzt durch die steigenden Gefangenzahlen werden die Bediensteten bis an den Rand der Belastbarkeit gebracht.

Islamistische Gefährder, gewalttätige Gefangene, die Schaffung neuer Abteilungen ohne den dazugehörigen Personalzuwachs und mehr Behandlungsmaßnahmen bringen für die Bediensteten Mehrbelastungen zu ihrem ohnehin schon sehr schwierigen und schweren Dienst mit sich.

Personalmangel überall. Durch das Ausdünnen von Dienstsichten und Dienstposten versucht man die neuen

Aufgaben zu bewältigen, was aber nur durch massive Belastung der Bediensteten geschieht.

Eine Vielzahl der notwendigen, in keiner Personalberechnung vorhandenen Baustellenbewachungsmaßnahmen erbringt einen weiteren Zuwachs der Überstunden.

Diese baut man durch Ausdünnung der Dienstposten ab, weshalb für die Bediensteten, die sich im Dienst befinden ständig Mehrbelastungen entstehen, die irgendwann zwangsläufig zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen führen: Die Bediensteten werden krank!

Der Krankenstand liegt permanent bei über 10 % und teils deutlich höher. Zugleich steigt der Altersdurchschnitt der Bediensteten.

Die Einstellung von neuem Personal wurde in den letzten Jahren aufgrund politischer Entscheidungen nur deutlich verringert vorgenommen, weshalb

nun, da man einstellen muss, um die großen Lücken zu schließen, die Justizvollzugsschule nicht mehr genügend Ausbildungskapazitäten hat.

Der Berg von vakanten Stellen wird in den nächsten Jahre durch die hohe Zahl an Ruhestandsversetzungen weiter zunehmen, was die Belastungen der Bediensteten erneut nach oben treiben wird.

Aktuell spricht das Ministerium der Justiz (MdJ) von **83 nicht besetzten Stellen** im Land. Der **BSBD** errechnet aber **120 freie Stellen**.

Ein untragbarer Zustand. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn ist hier deutlich in Frage gestellt. Selbst der rheinland-pfälzische Landtag hat sich letzte Woche mit der unhaltbaren Misere bei der Personalausstattung der Justizvollzugsanstalten befasst.

Hinzu tritt eine bundesweit (zusammen mit Berlin) schlechteste Bezah-

lung, wodurch die Konkurrenzsituation zur freien Wirtschaft bei der Gewinnung von Fachkräften steigt: Während andere Branchen deutliche Lohnzuwächse in den letzten Jahren verzeichnen konnten, wurde bei den Justizvollzugsbeamten in den letzten 20 Jahren durch die Landes- und durch die Bundesregierungen kräftig gekürzt:

So listet der **dbb** (Deutscher Beamtenbund RLP) alleine fast **70 Einzelkürzungsmaßnahmen bei der Beamtenbesoldung** auf, von denen sich die Zweibrücker Justizvollzugsbediensteten besonders betroffen fühlen, insbesondere aufgrund ihres gefährlichen Dienstes für die Allgemeinheit, rund um die Uhr im Schichtdienst, bei besonderer Gefahr für Leib und Leben.

Denn, so **BSBD-Landesvorsitzender Winfried Conrad**, „die Justizvollzugsbediensteten haben es mit dem gefährlichsten und schwierigsten Klientel zu tun, bei denen alle Institutionen zuvor versagt haben und der Vollzug soll es wieder richten.“

Aus diesem Grunde haben die Bediensteten des Justizvollzuges mindestens die Teilnahme an der durchschnittlichen Lohnentwicklung mehr als verdient. 10 % Rückstand zur allgemeinen Lohnentwicklung seien fatal. Zudem verdient in Bayern ein Justizvollzugsbediensteter mehrere tausend Euro mehr im Jahr, als in RLP.

Statt einer deutlichen Besoldungserhöhung zur Sicherung der verfassungsrechtlich gesicherten „wirtschaftlichen Teilnahme der Beamten an der allgemeinen Einkommensentwicklung“ gibt es durch die **rot-grün-gelbe Landesregierung** ein Besoldungsdiktat im „Rot-

lichtmilieu“ (rote Laterne im Vergleich aller Bundesländer) des bundesweiten Besoldungsrankings.

Im Anschluss referierte der **stellv. Landesvorsitzende des Deutschen Beamtenbundes RLP (dbb-rlp) Axel Schaumburger** über die derzeitige Lage der Beamtenpolitik in RLP und versäumte es nicht, die Personalpolitik und diese Bezahlung der Bediensteten vor der Frage der notwendigen Nachwuchsgewinnung in Konkurrenz zur Wirtschaft ausgiebig zu beleuchten.

Die hierzu laufenden Musterklagen mit Unterstützung des **dbb** wurden hinreichend erläutert.

Zudem lehnt der **dbb** die Einführung einer Bürgerversicherung kategorisch ab, da die Kosten für den Steuerzahler steigen und Beispiele aus Großbritannien und den Niederlanden gezeigt haben, dass nach Einführung der Bürgerversicherung der finanzielle Kollaps des Systems droht, unvorstellbar lange Wartezeiten auf einen Arzttermin und die Insolvenz von Facharztpraxen die negativen Folgen seien.

Die **Sozialdemokraten** sollten sich, statt aus ideologischen Gründen an weiteren Verschlechterungen für alle zu arbeiten, lieber um ein bundeseinheitliches, deutlich verbessertes Besoldungssystem der Beamten kümmern.

Ansonsten könne man bald von einer **Anti-Beamten-Partei** sprechen, was bestimmt nicht im Sinne aller **SPD-Mitglieder** und Parteifunktionäre sein kann.

Die Zweibrücker Vollzugsbediensteten protestieren auf das energischste und unterstützen die durch den Deutschen Beamtenbund durchge-

fürten Klagen vor den Verwaltungsgerichten des Landes. „Wir fordern Gerechtigkeit, auch bei der Bezahlung und eine angemessene Personalausstattung!“, so BSBD-OV-Vorsitzender Robert Grünngel.

Im Weiteren bedankte er sich bei den Mitgliedern für ihre Treue zur Gewerkschaft Strafvollzug und gratulierte dem **BSBD-Ortsverband** zum 60-jährigen Jubiläum.

Folgende Ehrungen wurden durchgeführt:

10-jährige Mitgliedschaft

Dirk Hofer, Uwe Peter, Markus Ziehl.

25-jährige Mitgliedschaft

Hans-Jürgen Becker, Markus Müller, Dr. Ludwig Schmidt, Martina Schöndorf, Gertrud Stauch.

35-jährige Mitgliedschaft

Michael Engler, Helga Mayer, Bert-Wolfgang Reuter, Hans-Georg Schupeta, Dieter Wiehn.

40-jährige Mitgliedschaft

Wolfgang Schröder.

45-jährige Mitgliedschaft

Hans-Georg Krug, Roland Roos.

50-jährige Mitgliedschaft

Hans Ritter.

55-jährige Mitgliedschaft

Heinz Hock, Ludwig Knoll, Klaus Langguth, Friedel Veith.

*Robert Grünngel
BSBD-Ortsverbandsvorsitzender*



Die geehrten Mitglieder mit dem Landesvorsitzenden Winfried Conrad (l.) sowie dem stellv. dbb Landesvorsitzenden Axel Schaumburger (1. v.r.) und dem Ortsverbandsvorsitzenden Robert Grünngel (2. v.r.).

Foto: BSBD-LV

Seminarinhalte:

Europa und der Justizvollzug in Baden-Württemberg

JVAen Offenburg und Freiburg sowie das EU-Parlaments in Straßburg besucht

Fast 50 Kolleginnen und Kollegen aus fast allen Anstalten des Landes traten die 4-tägige Reise Richtung Süden an. Kollege Thomas Reiz vom OV Rohrbach hatte sich dankenswerterweise als Busfahrer zur Verfügung gestellt. Sicher und professionell chauffierte er die Kolleginnen und Kollegen.

Zuerst führte die Fahrt zur JVA Offenburg, eine der neuesten Justizvollzugsanstalten unseres Nachbarlandes. Dort wurde die Seminargruppe von dem Behördenleiter **Hans-Peter Wurdak** begrüßt und fast drei Stunden ausführlich informiert.

Nach der Einladung zum Mittagessen durch den örtlichen **BSBD** traf man sich zum Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des dortigen Personalrats und ÖV-Vorsitzenden **Boris Rexter**.

Beeindruckt von den baulichen Gegebenheiten und der Vollzugskonzeption trat die Seminargruppe die Weiterreise in ihr Quartier am Feldberg im



Seminargruppe im EU Parlament.

Fotos (2) BSBD-LV

die Gruppe vom Verwaltungsleiter **Peter Zielinski** – ein „alter“ **BSBDler** und eine feste Größe im Landesverband Baden-Württemberg – und vom OV-Vorsitzenden **Matthias Vogginger**. Die

Der dritte Tag stand im Zeichen der gemeinsamen Geschichte von Frankreich und Deutschland. Besucht wurde die Gedenkstätte des KZ-Natzweiler im Elsass. Zwar schien bei dem Besuch die Sonne, aber die dort gewonnen Eindrücke dämpfte dennoch die Stimmung in der Seminargruppe. Erst 1940 in Betrieb genommen, wurde es als erstes KZ von den Alliierten befreit. Zahllose KZ-Häftlinge ließen dort ihr Leben.

Straßburg war das nächste Reiseziel. Geplant war der Besuch des Europäischen Parlaments. Glück war, dass die monatliche Sitzungswoche stattfand und so konnten die Seminarteilnehmer/innen auch eine Plenarsitzung live verfolgen. Im Anschluss daran wurde sie von einem hochqualifizierten Mitarbeiter der EU Verwaltung über die Aufgaben und die Arbeit des EU Parlaments informiert. Hier wurde auch die Zukunft der EU nach dem Brexit beleuchtet. Mit viel Input verließen die Rheinland-Pfälzer das imposante Parlamentsgebäude.

Der letzte Seminartag wurde für eine kurze Reflektion genutzt bevor die Rückfahrt angetreten wurde. Insgesamt war der Landesverband mit einer hochmotivierten und disziplinierten Gruppe auf Tour.



Vor dem EU-Parlament in Straßburg.

Schwarzwald an. Der Abend stand ganz im Zeichen der Vorstellungs- und Begrüßungsrunde und der Vorbereitung des KZ-Besuchs in Netzweiler. Trotz Anlaufschwierigkeiten wegen Busausfalls konnte das geplante Programm des Vormittags in Angriff genommen werden. Der Besuch der JVA Freiburg stand als Seminarpunkt an. Empfangen wurde

Verspätung wurde von den Freiburger Kollegen professionell kompensiert. Neben den vorbildlichen Arbeitsbetrieben wurde auch der in Freiburg angesiedelten Sicherungsverwahrung große Aufmerksamkeit gewidmet. Nach einem super Mittagessen startete in der Stadt Freiburg die Seminargruppe zum Abarbeiten der ihr gestellten Aufgaben.

www.bsbd-rlp.de



Nein, zur Gewalt gegenüber weiblichen Bediensteten

Seminar zum Thema: „Strafvollzugsbeamtin – Freiwild oder Kollegin?“

Der BSBD Rheinland-Pfalz veranstaltete in der dbb akademie Königswinter ein Seminar für Kolleginnen aus den Reihen des rheinland-pfälzischen Justizvollzuges.

Insgesamt 11 Kolleginnen und vier Kollegen – die die Gruppe komplettierten – hatten sich für das Seminar unter der Überschrift „Strafvollzugsbeamtin – Freiwild oder Kollegin?“ gemeldet. Die Idee für dieses Seminar entstand in der Arbeitsgemeinschaft der Frauen im BSBD. Der erste Tag stand im Zeichen der Politik. Als Referentin konnte die Abgeordnete **Ingeborg Sahler-Fesel** SPD gewonnen werden. Frau **Sahler-Fesel** ist Mitglied des Petitionsausschusses und Vorsitzende des Ausschusses für Gleichstellung und Frauenförderung im Landtag Rheinland-Pfalz. Zuvor war sie viele Jahre Mitglied der Strafvollzugskommission. Nach dem Referat



Referentin Mdl Ingeborg Sahler-Fesel.

von Frau **Sahler-Fesel** entstand eine sehr lebhaft diskussion mit den Anwesenden. Die Kolleginnen konnten die Abgeordnete über die aktuelle Situation der weiblichen Bediensteten im Justizvollzug informieren und manchen Missstand ansprechen.

Der zweite Seminartag stand im Zeichen der von „Qi Gong & Selbstverteidigung für Frauen“. Als hochkompetenten Referenten für dieses Thema konnte der Kollege – ausgebildeter Trainer und Heilpraktiker – **Michael Wagenbach** gewonnen werden. Selbst Bediensteter in der JVA Diez wurde er unterstützt durch seine Kollegin **Christina Traversin**. Durch Vortrag aber auch durch viele praktische Übungen wurde der Seminarinhalt anschaulich und nachhaltig vermittelt. Angst zu überwinden und angemessen auf Angriffe zu reagieren wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern mit auf den Weg gegeben. Alle Seminarteilnehmer/

innen waren begeistert und der Auffassung, dass die zur Verfügung stehende Zeit viel zu kurz war. Ein Seminar mit diesen Inhalten sollte mindestens zwei bis drei Tage dauern. Der BSBD wird sich dafür einsetzen, dass der Bereich



Übungen mit Referent Michael Wagenbach.

Fotos (2): BSBD-LV

„Selbstverteidigung der Kolleginnen“ zukünftig im Fokus bleibt.

Weiter ging es am Nachmittag des zweiten Seminartages mit dem Thema „Religiöse und kulturelle Aspekte des Islam besser verstehen“. Als Referent hatte sich Kollege **Holger Rittinger** auf die Thematik vorbereitet. Die stetig ansteigende Zahl muslimischer Inhaftierter muss dazu führen, dass sich das Vollzugspersonal mit den Gepflogenheiten und Besonderheiten anderer Kulturen und Religionen beschäftigt.

Der letzte Seminartag stand im Zeichen der **Gleichbehandlung am Arbeitsplatz Gefängnis**. Unter dem Titel: **Gleiche Rechte für Frauen – auch bei der Arbeit hinter Gittern?**

Das Selbstverständnis der Kolleginnen am Arbeitsplatz wurde im Wege des Rollenspiels aufgearbeitet. In Form einer Podiumsdiskussion wurden die zum Teil gegensätzlichen Auffassungen der Männerwelt und der Frauen im Vollzug beleuchtet. Der Landesverband hat vor auch im Jahr 2018 Seminare anzubieten.

Derzeit sind 16 Stellen unbesetzt

Vorstandsmitglieder des OV Diez trafen sich mit SPD-Abgeordneten

MdL **Jörg Denninghoff** war aus privaten Gründen bei dem Pressetermin des Ortsverbandes im Oktober verhindert. Aus diesem Grund trafen sich OV-Vorsitzender **Markus Stahl**, die stellv. Vorsitzende **Monika Birlenbach** und Kollege **Claus Sassen** mit Herrn **Denninghoff**, um anstehende Probleme der Kolleginnen und Kollegen der JVA Diez zu erörtern.

Zunächst stand der Vorfall im Besuchsbereich der JVA als Thema an. Schnell hatte man den Bogen zu der angespannten Personalsituation gespannt. **Stahl** führte aus, dass derzeit 16 Stellen

unbesetzt sind. Die Arbeitsverdichtung steige permanent an, die Schmerzgrenze sei schon überschritten. Weitere, wie von der Finanzministerin geplante Einsparungen hätten katastrophale Auswirkungen auf den Vollzugsablauf und die Sicherheit der Anstalt. MdL **Denninghoff** als Mitglied der Strafvollzugskommission versicherte gegenüber den Gewerkschaftlern, sich der Angelegenheit anzunehmen. Er kenne sie auch aus vielen persönlichen Schilderungen von Bediensteten. Die Anwesenden waren sich einig, regelmäßige Gespräche zu führen.



V.I.nr.: OV-Vors. Markus Stahl, MdL Jörg Denninghoff, LV Winfried Conrad, OV Mitglied Claus Sassen.

Einer für Alle.

dbb

dbb

Werben Sie für Ihre
Fachgewerkschaft ...

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

... und der dbb belohnt Sie mit
einem Wertscheck und verlost
unter allen Werbern zusätzlich
einen attraktiven Sonderpreis.

(Aktionsschluss: 28. Februar 2019)

Infos:

www.dbb.de/mitgliederwerbung

Telefon: 030. 4081 - 40

Fax: 030. 4081 - 5599

E-Mail: werbeaktion@dbb.de



dbb
beamtenbund
und tarifunion

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

dbb
WERBEAKTION

2018